

## Wolkenkratzer für eine Million Zuwanderer

Die Schweiz soll in Hochhäuser-Städten Platz schaffen für eine Million Einwohner. Mit diesem Vorschlag belebt die FDP die Migrations-Debatte.

Benjamin Tommer

Gedränge auf Strassen und in Zügen, kaum freie Wohnungen und ins Grüne wuchernde Siedlungen – die negativen Seiten des Bevölkerungswachstums in der Schweiz sind unübersehbar. Entsprechend angestrengt suchen die Parteien nach Lösungen.

Die FDP wird am kommenden Samstag an ihrer Delegiertenversammlung zum Thema Migration in Zürich einen provokativen Vorschlag diskutieren. Unter dem Titel «Skyline Schweiz 2030» schlägt die Zürcher Kantonalpartei unter Beat Walz vor, Wohn- und Lebenszentren mit Wolkenkratzern zu bauen. Darin soll bis zu eine Million Einwohner Raum finden. Architektur und Umgebung müssten aber attraktiv sein und die verkehrstechnische Erschliessung erstklassig, fordert Walz. Als Beispiel nennt er das Zürcher Glattal. Laut einer Gruppe von Architekten und Planern könne dort neuer Wohnraum für bis zu 400 000 Personen entstehen, wenn dicht und hoch gebaut werde.

Walz preist die Vorzüge solcher Wolkenkratzer-Satellitenstädte: Dank grösserem Angebot sinke der Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt; das sei sozialverträglich. Zudem sei der Bau von Hochhäusern ökologisch und ökonomisch weit sinnvoller als eine weitere Zersiedelung. Der Kulturlandverschleiss und die Zunahme der Pendlerströme könnten auf diese Weise eingedämmt werden. Dem FDP-Mann gefällt an der Lösung auch, dass Mieten nicht künstlich, sondern dank grösserem Angebot über den freien Markt tief gehalten würden. Gleichzeitig mahnt Walz zu raschem Handeln: Je knapper der Wohnraum werde, desto mehr Leute stellten sich kritisch zur Personalfreizügigkeit; das schade dem Wohlstand in der Schweiz.



## E-Mail der Woche

Von: schweiz.sonntag@nzz.ch  
Gesendet: Fr, 4. Feb. 2011, 16:57 Uhr  
An: u.giezendanner@bluewin.ch  
Betreff: Kreisverkehr

Grüezi Herr Giezendanner  
Sie lassen nicht locker: Letzte Woche haben sich die Freunde der Formel 1 in der Verkehrskommission durchgesetzt; das Verbot der sogenannten Rundstreckenrennen in der Schweiz soll nun doch aufgehoben werden. Hand aufs Herz, Herr Nationalrat: Brauchen wir das tatsächlich, wo sich doch bereits die Politik viel zu oft im Kreise dreht?  
Schwindlige Grüsse,  
Ihre NZZ am Sonntag

Von: u.giezendanner@bluewin.ch  
Gesendet: Fr, 4. Feb. 2011, 17:17 Uhr  
An: schweiz.sonntag@nzz.ch  
Betreff: AW: Kreisverkehr

Von den Politikern drehen sich eigentlich nur die Roten und Grünen im Kreise. Auf einer echten Rennstrecke sind die Roten (Ferrari) sehr oft erfolgreich, was man von den politischen Roten nicht behaupten kann. Im Weiteren wird eine Rundstrecke Gewinn abwerfen, die Roten können auch hier Unternehmensgewinne abzocken und damit den öffentlichen Verkehr finanzieren. Es wird also immer klarer: Der Motorsport finanziert den öffentlichen Verkehr und hilft den Roten, ihre chaotische Verkehrspolitik der letzten Jahre vergessen zu lassen.  
Ulrich Giezendanner  
SVP-Nationalrat (AG)



Vermittlungsauftrag für die Schweiz: Russischer Aussenminister Sergei Lawrow und Bundesrätin Calmy-Rey. (Lausanne, 21. 9. 2009)

# Bern vermittelt im Kaukasus

## Schweizer Diplomaten sollen den Konflikt zwischen Georgien und Russland lösen

Das kleine Georgien verhindert, dass das grosse Russland der Welthandelsorganisation beitreten kann. Nun soll die Schweiz das Problem lösen.

Stefan Bühler, Markus Häfliger

Die Schweiz führt eine neue, hochkarätige Vermittlungsmission in einem der brennendsten internationalen Konflikte. Still und diskret sind Schweizer Vermittler seit kurzem im Kaukasus engagiert. Vordergründig geht es um den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO); tatsächlich geht es um eine weitergehende Lösung des Konflikts zwischen Georgien und Russland.

Russland ist die letzte grosse Wirtschaftsmacht, die noch nicht Mitglied der WTO ist. Zwar hat Russland schon vor 17 Jahren ein Beitrittsgehalt eingereicht, doch dieses liegt immer noch auf Eis: Verschiedene Staaten, unter anderem die USA, haben den Beitritt jahrelang blockiert, weil sie zuerst mit Russland bilaterale Handelsfragen regeln wollten. Inzwischen sind die meisten dieser Probleme geregelt – bis

auf Georgien. Das kleine Land, das selber seit zehn Jahren WTO-Mitglied ist, blockiert den Beitritt seines mächtigen Nachbarlandes. Weil Russland der Organisation nur beitreten kann, wenn alle 153 Mitglieder zustimmen, verfügt Georgien faktisch über das Veto.

Dieses Problem soll die Schweiz jetzt lösen. Wie das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) am Freitag gegenüber der Genfer Zeitung «Le Temps» erstmals verklausuliert bestätigte, führt die Schweiz derzeit Vermittlungsgespräche.

Support auch von den USA

Laut einem europäischen Diplomaten war es zuerst Georgien, das die Schweiz um eine Vermittlung im georgisch-russischen Konflikt ersuchte. Die entscheidende Anfrage scheint die Schweiz aber in Astana, der Hauptstadt von Kasachstan, erhalten zu haben: Anfang Dezember weilte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey dort am OSZE-Gipfel. Am Rande dieses Gipfels habe Russland Calmy-Rey um eine Vermittlung in Sachen WTO gebeten, sagt eine gut informierte Person.

Auch die USA hätten die Schweiz in Astana um ein Engagement in dieser

Sache ersucht, sagt diese Person. Höchstwahrscheinlich sprach US-Aussenministerin Hillary Clinton persönlich mit Calmy-Rey darüber. Jedenfalls haben sich die beiden Politikerinnen in Astana länger unterhalten.

In den letzten Wochen haben die Schweizer Vermittler nun erste Gespräche mit Georgien und Russland geführt, um das genaue Vermittlungsmandat zu klären. Nun scheint die Bahn frei für die eigentlichen Verhandlungen. Das EDA äussert sich nur sehr zurückhaltend zum delikaten Geschäft; offenbar haben die Schweizer Angst, die zaghafte Annäherung im Kaukasus zu gefährden. EDA-Sprecher Lars Knuchel bestätigt nur so viel: «Die Schweiz hat die Aufgabe, zwischen Russland und Georgien im Zusammenhang mit dem geplanten WTO-Beitritt Russlands zu vermitteln.»

Obwohl es formell nur um die WTO geht, komme «durch die Hintertüre» der ganze Konflikt aufs Tapet, sagt ein Insider. Wer über einen WTO-Beitritt Russlands rede, müsse auch über den genauen Grenzverlauf zu Georgien sowie den internationalen Status der beiden abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien reden (vgl. Kas-

## Konflikt im Kaukasus



Der Konflikt zwischen Georgien und Russland dreht sich um die zwei georgischen Gebiete Südossetien und Abchasien. Beide Regionen streben die Unabhängigkeit an und geniessen bei diesen Bestrebungen die Protektion Russlands. 2008 eskalierte der Konflikt zusehends; am 8. August startete Georgien eine militärische Offensive gegen Südossetien. Darauf marschierte die russische Armee ihrerseits in Georgien ein. Georgien musste sich dem Gegner nach wenigen Tagen beugen. Am 25. August anerkannte Russland Südossetien und Abchasien als unabhängige Republiken, was international scharf kritisiert wurde. Seit dem Krieg unterhalten Georgien und Russland keine diplomatischen Beziehungen mehr. Beide Parteien haben die Schweiz mit ihrer diplomatischen Interessenvertretung beauftragt. (h.ä.)

ten). Involviert in die Vermittlungsbemühungen sind nicht nur Calmy-Reys Diplomaten, sondern auch die WTO-Spezialisten von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann.

Im Schweizer Eigeninteresse

Für eine Vermittlerrolle ist die Schweiz gut positioniert, weil sie bereits in den georgisch-russischen Konflikt involviert ist: Nach dem Krieg im Sommer 2008 haben die zwei Staaten ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen; seither spielt die Schweiz als sogenannte Schutzmacht den Briefträger zwischen Moskau und Tbilissi.

Zudem hat die Schweizer Spitzen-Diplomatin Heidi Tagliavini in den Jahren 2008 und 2009 im Auftrag der Europäischen Union die Gründe für den Krieg zwischen Russland und Georgien untersucht und in einem umfangreichen Bericht analysiert.

Die Schweiz vertritt mit ihrer Vermittlung zudem handfeste eigene Interessen. Seit 2006 strebt die Schweiz ein Freihandelsabkommen mit Russland an. Gemäss den Regeln der WTO kann sie ein solches jedoch erst abschliessen, wenn auch Russland Mitglied der Weltorganisation ist.

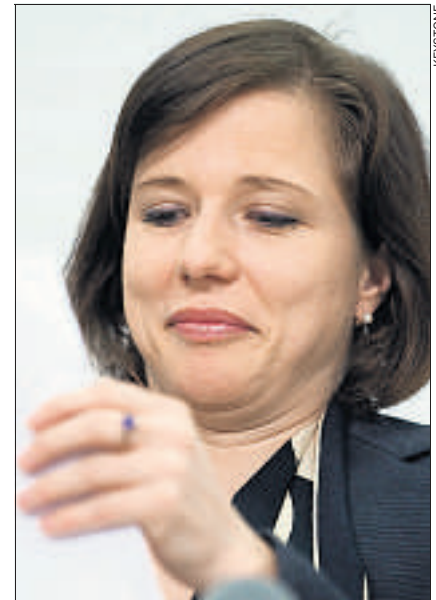
# Markwalders markanter Rechtsrutsch

Christa Markwalder, Berner Ständeratskandidatin, rätselt, warum sich ihr politisches Profil nach rechts bewegt hat. Wohl auch, weil Smartvote keine Frage zum Kiffen gestellt hat.

Stefan Bühler

Vor den Nationalratswahlen 2007 hat Christa Markwalder einen Fragebogen der Online-Wahlhilfe Smartvote ausgefüllt. Und jetzt, da sie bei den Ersatzwahlen für den freien Berner Ständeratssitz kandidiert, tat sie es wieder. Mit markant anderem Ergebnis: Glaubt man der Grafik von Smartvote, dem Smartspider, hat Markwalder ihre Ansichten massiv geändert. Heute will die Freisinnige weniger wissen vom Umweltschutz, sie ist für eine härtere Ausländerpolitik, und sie ist seit 2007 deutlich sparsamer geworden.

Zudem ist ihr Engagement für die gesellschaftliche Liberalisierung geradezu implodiert: Erreichte sie hier 2007 über 80 von 100 Punkten, kommt sie nun nicht einmal auf 50 Punkte. «Markwalder will offenbar den SVP-Kandidaten Adrian Amstutz rechts überholen», frohzelt ein Beobachter. Ein anderer meint: «Frau Markwalder wird älter; da ist es normal, dass man



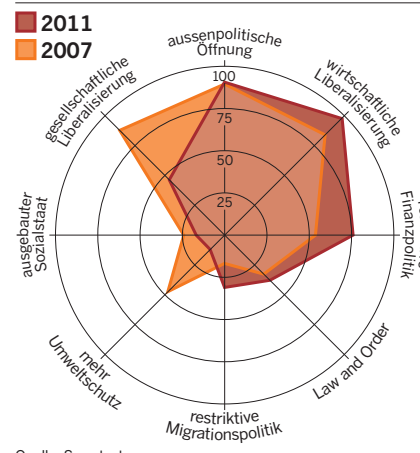
Ständeratskandidatin Markwalder.

nach rechts rückt.» Und der «Bund» widmete dem Phänomen einen süffisanten Bericht.

Die 35-jährige Markwalder selbst ist ob des Resultats wenig erbaut: «Ich bin selbst erschrocken, als ich das gesehen habe.» Sie habe ihre Positionen nicht geändert, beteuert sie. Nur eine Frage habe sie klar anders beantwortet als vor drei Jahren: Diejenige zum Auslän-

## Neues Profil

Christa Markwalders politische Positionen 2007 und 2011



Quelle: Smartvote

derstimmrecht. «2007 war Österreichern, Spaniern und Deutschen die doppelte Staatsbürgerschaft noch untersagt. Heute können sie sich aber bei uns einbürgern lassen, ohne den alten Pass abgeben zu müssen», sagt Markwalder, «darum braucht es das Ausländerstimmrecht in Gemeinden nicht.» Bei einigen anderen Fragen änderte sie ihre Antwort lediglich von «Nein» zu

«eher Nein» oder von «Ja» zu «eher Ja»; zudem stellte Smartvote eine ganze Reihe neuer Fragen. Dass diese Änderungen zu so starken Abweichungen führten, bezeichnet Markwalder als «Lotterie». Sie verweist darum auf ihre ausführlichen Begründungen zu den einzelnen Antworten, «die ergeben ein differenzierteres Bild».

Der bei Smartvote zuständige Mitarbeiter, Marco Reimann, erwähnt zunächst die Ergebnisse der anderen drei Kandidaten: «Bei Ursula Wyss, Adrian Amstutz und Marc Jost haben sich die Spider kaum oder viel weniger stark verändert.» Tatsächlich seien die Smartspider aber nicht dafür gedacht, dass man sie über verschiedene Wahlen vergleiche; vielmehr sollen sie die verschiedenen Kandidaten bei einem Wahlgang vergleichbar machen.

Reimann räumt aber ein, dass sich die Art und Anzahl der Fragen durchaus auf die Form des Spiders auswirken können. So fehlen etwa die Fragen zur Legalisierung des Kiffens, die Markwalder 2007 positiv beantwortete, was ihr damals viele Punkte bei der gesellschaftlichen Liberalisierung bescherte. Weil zudem die Zahl der Fragen von 70 auf 52 reduziert wurde, hätten sich die leichten Anpassungen Markwalders relativ stark ausgewirkt, sagt Reimann: «Und diese Anpassungen tendierten halt gegen rechts.»